

Nummer 12 | 24. März 2017

Süddeutsche Zeitung Magazin

Stammland

**Mit Spenden aus Deutschland werden in der israelischen Wüste
Wälder gepflanzt – im Gedenken an den Holocaust.
Doch der israelische Staat nutzt die Aufforstung auch, um arabische
Beduinen zu vertreiben**

TEXT
Michael Obert

FOTOS
Moises Saman

Baum der Vertreibung

In der Wüste Negev steht ein Wald, mit dem deutsche Stifter der Opfer des Holocaust gedenken.

Ein Zeichen des Friedens – doch der israelische Staat nutzt solche Wälder auch, um arabische Beduinen zu verdrängen



Awad Abu-Freih will sich niemals damit abfinden, dass der deutsche Wald seiner Familie ihr Land nimmt.

Der deutsche Wald steht in der Wüste. Er ist grün, er spendet Schatten, er duftet. In den Kronen seiner Bäume nisten Vögel, seine Wurzeln halten den Boden fest. Der deutsche Wald bietet der Wüste Negev die Stirn, im Süden von Israel.

Der Wald erhebt sich auf einem Hügel, hoch über trockenen Ebenen, eine halbe Million Johannisbrotbäume, Pistazien und Kiefern – und mittendrin stehen im Halbkreis steinerne Säulen mit den Wappen der deutschen Bundesländer. »Zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten zerstörten jüdischen Gemeinden«, heißt es auf Stiftertafeln. »Den jüdischen Opfern des Holocaust«. Oder: »Zum Zeichen der Freundschaft mit Israel.«

Irgendwo singt eine Amsel. Im deutschen Wald ist es friedlich. Doch der Mann mit dem schwarzen Hut, der uns den Wald zeigt, ist gar nicht friedlich gestimmt. »Diese Bäume sind wie Soldaten«, sagt er. »Sie haben mich mit Gewalt von meinem Land vertrieben und halten es seit Jahrzehnten besetzt.«

Awad Abu-Freih, 54 Jahre alt, akkurat getrimmter Vollbart, getönte Brille mit abgerundeten Ecken, ist ein Oberhaupt arabischer Beduinen, einer muslimischen Minderheit, die im Negev als Halbnomaden traditionell von ihren Kamelen, Schafen und Ziegen lebt und auf kleinen Feldern vor allem Weizen und Gerste, Obst- und Olivenbäume pflanzt. Mit der Gründung Israels im Jahr 1948 wurden die Beduinen Staatsbürger. Gleichberechtigt mit den Juden. Dies zumindest garantieren ihnen die demokratischen Bürgerrechte Israels.

Doch bis heute leben mehr als 60 000 Beduinen im Negev in »nicht-erkannten« Dörfern. Bulldozer der Regierung reißen ihre Häuser, Ställe, Futterspeicher und Schuppen ab, manche Orte wurden dutzendfach zerstört. Etliche Abrissverfügungen warten auf Vollstreckung. Die Beduinen sollen in staatlichen Planstädten »konzentriert« werden, so lautet dafür der gängige Begriff in Israel. Auf winzigen Parzellen. Ob sie wollen oder nicht.

Auf dem geräumten Land lässt der Staat moderne Siedlungen errichten. Jüdische Siedlungen. Und riesige Wälder. Zur Begrünung der Wüste, sagt die Regierung. Doch Amnesty International wirft Israel eine »Zwangsvvertreibung« der Beduinen vor. »Der Staat will unsere Kultur auslöschen«, sagt Awad Abu-Freih im deutschen Wald. »Unsere Dörfer, unsere Felder, unsere Weiden und Tiere – alles, was mit uns zu tun hat, soll verschwinden.«

Wenige Stunden später kreisen Polizeihubschrauber über Umm al-Hieran, dem »nicht-erkannten« Dorf eines mit den Abu-Freih's befreundeten Beduinenclans im Negev. Hektisch räumt Amina Abu-Meseid ihr Haus aus. »Sie werden alles abreißen!«, schreit die siebenfache Mutter immerzu; ihre Stimme hallt durch die halbleeren Räume, während sie uns Geschirr in die Hand drückt, damit wir ihr beim Tragen helfen. »Meine Kinder! Wo sollen meine Kinder morgen schlafen?«

Um uns herum bauen kleine Jungen ihre Betten ab und stopfen Kleider in Plastiksäcke. Verwandte leeren Vorratskammern und schaffen Polstersofas, Kommoden, Vitrinen hinaus in die Nacht, wo die Rotoren der Hubschrauber

dröhnen. Die Israel Land Authority, die staatliche Bodenverwaltungsbehörde, hat in einer öffentlichen Anhörung angekündigt, mit dem Abriss des Dorfes zu beginnen. Innerhalb von 24 Stunden.

Rund tausend Beduinen leben in Umm al-Hieran. Die meisten Familien wurden 1956 von ihrem ursprünglichen Land weiter nordwestlich vertrieben und in diesen Teil des Negev umgesiedelt. Von der israelischen Regierung. Doch die versorgt die Beduinen seit sechzig Jahren nicht mit Infrastruktur. Als »nicht-erkanntes« Dorf ist Umm al-Hieran auf keiner Landkarte verzeichnet. Es gibt keinen Strom, kein fließend Wasser, kein Telefon, keine Müllabfuhr, keine Schule, keine Klinik.

Fassungslos geht Amina Abu-Meseid durch die leer geräumten Zimmer ihres Hauses. An den Wänden leuchten Rechtecke, wo eben noch Familienfotos hingen. Sie beginnt, den Boden auszufegen. Wozu die Mühe? »Ich kann einfach keinen Dreck sehen«, antwortet sie und versucht zu lachen. Dann wird ihr die Absurdität bewusst, und sie bricht in Tränen aus.

Sechs Jahrzehnte haben die Abu-Meseids in der Wüste ihre Schafe und Ziegen durchgebracht und dem Negev mit seinen Geröllfeldern, Wadis und Vulkankegeln ein paar Getreidefelder und Olivenbäume abgerungen. Der israelische Staat gab ihnen diese Heimat, jetzt will er sie ihnen wieder nehmen. Der Oberste Gerichtshof entschied: »Eigentümer dieses Landes ist der Staat. Die Bewohner haben keinerlei Anrecht darauf.« Ihre Häuser können gemäß dem Urteil jederzeit abgerissen werden.

Auf den Ruinen des arabischen Dorfes soll eine moderne »Lebensqualitäts-Siedlung« entstehen – aber nicht für Araber

Umm al-Hieran soll Platz machen. Am Hang über den einstöckigen Kastenhäusern aus Bruchstein, von denen die Beduinen einige mit Pflanzenornamenten bemalt haben, erhebt sich ein riesiger Erdwall. Bagger terrassieren großzügige Baugrundstücke. Auf den Ruinen des arabischen Dorfes soll eine »Lebensqualitäts-Siedlung« entstehen. 2500 moderne Wohneinheiten. Mit Parkanlagen, Spielplätzen und Schwimmbad. Allerdings: nur für Juden.

Die jüdischen Siedler, die dort einziehen sollen, warten schon. In einem nahen Waldgebiet leben sie hinter einem Stahltor und Stacheldraht in provisorischen Wohncontainern. Mit uns wollen sie nicht sprechen. Straßenlaternen, Grünflächen – durch den Zaun können wir sehen, dass frisch verlegte Rohre die Container mit Trinkwasser versorgen. Über asphaltierten Wegen verlaufen Stromkabel. Staatliche Leistungen, welche die Regierung den benachbarten Beduinen seit Jahrzehnten versagt. ▶



Oben: Awad Abu-Freih an den Schildern der Stifter. Gut lesbar: der Hinweis auf den ZDF-Wald.

Unten: Eine Frau will mit ihren Kindern ausharren, bis die Bulldozer kommen, um ihr Dorf Umm al-Hieran niederzureißen.





Scheich Sayah Al-Turi, einer der letzten Beduinen im zerstörten Dorf Al-Arakib.

Auch nach dieser Nacht in Umm al-Hieran bleiben die Bulldozer fern. Vorerst. Stattdessen lässt die Regierung die Häuser von Israelis arabischer Herkunft in der nahen Stadt Lyd abreißen. »Aber sie können jederzeit kommen«, sagt Amina Abu-Meseid, die Beduinenfrau, in ihrem leer geräumten Haus.

Nur wenige Kilometer von Umm al-Hieran entfernt steht der deutsche Wald in der Wüste. Der »Wald der deutschen Länder«, so lautet sein offizieller Name, liegt auf den trockenen Hängen nahe der Stadt Lehawim, auf halber Strecke zwischen Tel Aviv und dem Toten Meer. Er geht auf eine gemeinsame Initiative der 16 Ministerpräsidenten im Jahr 1991 zurück. Schirmherr war Johannes Rau, damals Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Inzwischen haben hier alle deutschen Bundesländer einen Gedenkwald pflanzen lassen. Auch Edmund Stoiber und Horst Seehofer haben Haine gestiftet, es gibt einen Wald der SPD, einen ZDF-Wald, einen Wald des Radiosenders Bayern 3, den Freiburger Wald, den Ostfriesland Hain, den Wald Nürnberg zum »60. Jahrestag der Nürnberger Gesetze« – kaum eine deutsche Stadt oder Region, die nicht auf den Stiftertafeln vertreten wäre.

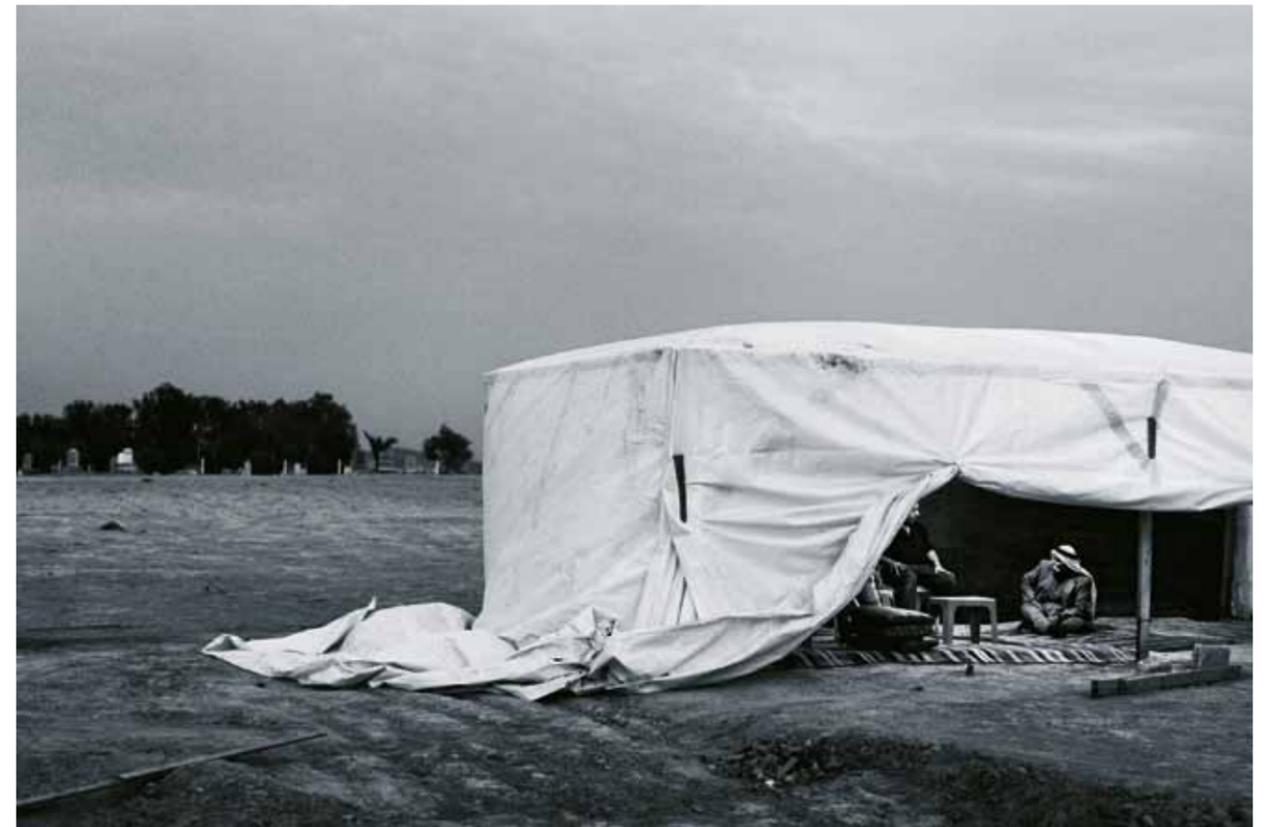
Im Schatten der Kiefern öffnet Awad Abu-Freih seine Umhängetasche und zieht die Farbkopie eines gelbstichigen Schriftstücks heraus. Es ist handgeschrieben auf Arabisch, datiert auf den 5. Juli 1930. Ein Kaufvertrag, ausgestellt 18 Jahre vor der Gründung des Staates Israel. Als Käufer ist sein Großvater Sweilem Abu-Freih genannt. Verkäufer: der

Nachbar Hussein ibn Salaam Batahat. Kaufpreis: 150 Palästinensische Pfund. »Der Handel ist gültig, legal und absolut verbindlich im Sinne beider Parteien«, steht dort. Zeuge: Ali Abu Aisha Abdul Ghani. Besiegelt ist das Dokument durch amtliche Stempel, Papiermarken und Daumenabdrücke der Vertragspartner.

Awad Abu-Freih zeigt uns eine Reihe solcher Kaufurkunden. Immer wenn die Herden seines Großvaters etwas abwarfen, kaufte dieser Land von seinen Nachbarn. Stück für Stück. Mehr als zwei Jahrzehnte lang. 1947, kurz vor der Gründung Israels, hätten dem Großvater 300 Hektar gehört, sagt Abu-Freih – ein Gebiet fast so groß wie der Central Park in New York. Doch in den Fünfzigerjahren enteignete die israelische Regierung die Abu-Freih's und Tausende weitere Beduinen und siedelte sie in eine andere Region des Negev um. Immer wieder forderte die Familie Abu-Freih Teile ihres Landes vom Staat zurück. Unter anderem mit einer Eigentumsdeklaration für rund zwanzig Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, 25. Februar 1987, Aktenzeichen 6533, Grundstücke 100222/1 und 100223/1.

»Grundstück 100222/1«, sagt Awad Abu-Freih und geht unter den Kiefern in die Knie; mit der linken Hand hält er den Hut fest, mit der rechten streicht er über den sandigen Boden. »Das ist genau hier, im deutschen Wald.«

Unter den israelischen Beduinen, von denen viele bis heute nicht lesen und schreiben können, ist Awad Abu-Freih eine Ausnahmeerscheinung. Statt Kamele und Ziegen zu hüten ging er als Junge täglich zehn Kilometer zu Fuß



Die Zelte, in denen die letzten Bewohner von Al-Arakib wohnen, bestehen aus zerfetzten Plastikplanen.

durch die Wüste in die Stadt Rahat zur Schule. »Ich wollte lernen, unbedingt.« Bald gehörte er zu den Besten seiner Klasse. Als er später studierte, wusste seine Mutter lange nicht, was das ist, eine Universität.

Seine Doktorarbeit verfasste Abu-Freih 1995 noch im Beduinentent. Heute leitet er als einer der wenigen Akademiker seines Volkes das Institut für Biotechnologie einer renommierten israelischen Hochschule. Dazu engagiert er sich ehrenamtlich für Beduinenkinder. »Der Staat hat uns gewaltsam vertrieben und uns alles genommen«, sagt Abu-Freih jetzt noch einmal im deutschen Wald. »Diese Bäume stehen auf meinem Land.«

Er wirkt glaubwürdig. Sicher können wir uns angesichts der in altem Arabisch verfassten Dokumente und der komplizierten geografischen Hintergründe aber nicht sein. Wir ziehen einen Experten zu Rate: Oren Yiftachel ist einer der führenden Geografen Israels, er lehrt politische und rechtliche Geografie an der Ben-Gurion-Universität. Forschungsschwerpunkt: traditioneller Landbesitz im Negev.

Yiftachel sagt zu, den Fall wissenschaftlich zu prüfen. Dafür wird er Wochen benötigen. Doch so viel kann er gleich sagen: »Nach meiner Erfahrung sind die traditionellen Landclaims der Beduinen äußerst exakt, denn sie mussten jahrhundertlang vor rivalisierenden Nachbarn bestehen.«

Den rechtmäßigen Besitz der Beduinenfamilie Abu-Freih bis zu ihrer Enteignung durch den Staat Israel 1956 haben die israelischen Gerichte auch nie bestritten. Ein Eigentumsanspruch nach 1956 aber wurde stets zurückgewiesen.

Zuletzt 1987 mit der Begründung, eine neue Form der Besiedlung sei bereits eingeleitet. »Gemeint ist die Aufforstung«, sagt Abu-Freih. Vier Jahre nach dem Urteil grub der Schirmherr Johannes Rau einen Spaten in den Boden, den die Beduinenfamilie Abu-Freih beansprucht, und setzte die erste Kiefer im deutschen Versöhnungswald.

Gepflanzt und verwaltet werden diese Wälder in Israel vom Jüdischen Nationalfonds – auf Hebräisch Keren Kayemeth LeIsrael, wörtlich: Ewiger Fonds für Israel. Es ist Israels größte Umweltorganisation. Seit der Gründung 1901 hat sie nach eigenen Angaben mehr als 250 Millionen Bäume gepflanzt. Für ein Land, in dem in großen Teilen Trockenheit herrscht, klingt das fast wie ein Wunder.

Doch die Beduinen sehen sich davon bedroht. Um den Yatir-Wald zu erweitern, das ist mit rund 3000 Hektar der größte gepflanzte Wald Israels, soll demnächst das Beduinen-dorf Atir abgerissen werden: mehr als hundert Häuser, Ställe, Futterspeicher und Geräteschuppen für rund 500 Einwohner.

Das Beduinen-dorf Twail Abu Jarwal im nördlichen Negev wurde für den Wald im Givoth Goral, auch »Destiny Hills« genannt, bereits niedergewalzt. Wenige Kilometer nordwestlich wurde auch Al-Arakib, ein Dorf mit fast 600 Einwohnern, für Wälder des Jüdischen Nationalfonds abgerissen. Nach Schilderungen der israelischen Menschenrechtsorganisation Adalah kesselten am 27. Juli 2010 um vier Uhr morgens 1300 Polizisten in Kampfanzügen das Dorf ein, ihre Schnellfeuerwaffen im Anschlag. Augen-



Oben: Das Foto zeigt den Mann, der hier Stück für Stück sein Land vergrößerte: Sweilem Abu-Freih, Großvater von Awad Abu-Freih.
Unten: Ein Labyrinth bröckelnder Häuser – die Siedlung Lakiya ist das neue Zuhause Tausender umgesiedelter Beduinen.



zeugen berichten, Beduinen, die sich weigerten, ihr Haus zu verlassen, wurden niedergeknüpelt. Die Polizei feuerte mit Gummigeschossen. Tränengas explodierte. Über dem Dorf kreisten Helikopter. Dann bebte der Boden. Bulldozer rollten auf die Kastenhäuser zu, gruben ihre Schaufeln in die Flachdächer und rissen die Wände ein. Den Beduinen blieb keine Zeit, ihre Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen. Möbel, Familienfotos, Spielzeug – die Planierdrahten begruben alles in den Trümmern, entwurzelten Tausende Obst- und Olivenbäume, ebneten Gemüseärten ein, überrollten Ställe samt Ziegen. »Um zehn Uhr am Morgen war mein Dorf verschwunden«, sagt uns Scheich Sayah, Oberhaupt der Al-Turi-Familie und einer der letzten Beduinen, die dort, wo das Dorf stand, immer noch in Zelten aus zerfetzten Plastikplanen ausharren. »Das Erbe von Generationen – zerstört in wenigen Stunden.«

Wir treffen den Beduinenführer – graues Gewand, weißes Kopftuch, gedrehter Schnauzbart – in den Trümmern seines Dorfes, er sitzt auf einem Ziegenfell. 1905 hat sein Großvater seinen Daumen auf die Kaufverträge für dieses Land gedrückt und den geforderten Preis bezahlt. Seither begraben die Al-Turis auf dem zugigen Hügel ihre Toten. Sie haben Brunnen gebohrt, den Boden bestellt, ihr Vieh geweidet und für ihre Erträge jahrzehntelang Steuern bezahlt. »Wir bleiben«, sagt Scheich Sayah und verschränkt die Arme vor der Brust. »Wir haben das Recht dazu, dies ist unser Land.«

Israelische Gerichte verweisen aber auf eine Landverordnung von 1858. Damals gehörte Palästina zum Osmanischen Reich. Jeder Landtransfer musste registriert werden. Als nach dem Ersten Weltkrieg das Osmanische Reich zusammenbrach, übernahmen die Briten in Palästina die Mandatsverwaltung und erließen 1921 eine eigene Landverordnung. Jeder, der sein Land nicht registrierte, wurde künftig als Eindringling betrachtet.

Beduinen wie Scheich Sayahs Großvater gingen damals nicht zur Schule. Die Halbnomaden konnten keine Erlasse lesen. Sie folgten im Negev ihren eigenen traditionellen Gesetzen, nach denen sie auch ihre Landverkäufe abwickelten. Die Beduinen registrierten ihr Land nicht. Und niemand nahm es ihnen deshalb weg. 1928 folgte eine weitere britische Landverordnung, erneut reagierten die Beduinen nicht.

Mit dem israelischen Landerwerbsgesetz von 1953 erklärte Israel alles Land, das nicht registriert war, zu Staatsbesitz. Allein im nördlichen Negev verloren die Beduinen geschätzte 100 000 Hektar Land, fast die doppelte Fläche des Bodensees.

Bis heute urteilen israelische Gerichte auf dieser Basis: Die Beduinen ließen kein Land eintragen, folglich gehört es ihnen nicht. Dabei stellten die Vereinten Nationen bereits im August 2011 klar: »Die Beduinen bewohnen die als Negev bekannte Region

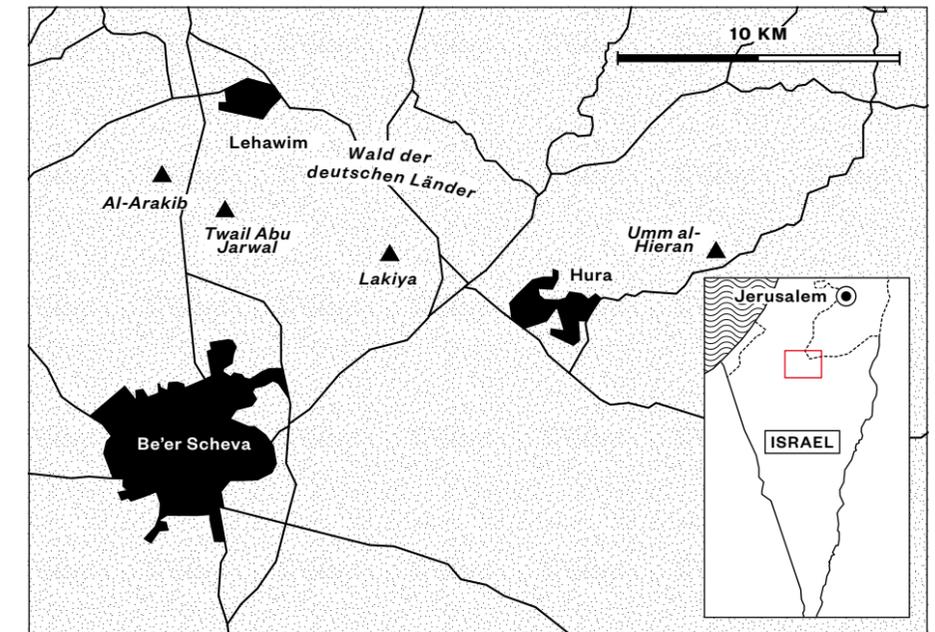
seit dem 7. Jahrhundert.« Die Vereinten Nationen haben Israel aufgefordert, sich an die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker, Artikel 26, zu halten. Demnach haben die Beduinen – ähnlich wie die Aborigines in Australien oder die Inuit in Grönland – das Recht, das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die ihnen traditionell gehören, auch weiter »zu besitzen, zu nutzen, zu erschließen und darüber zu verfügen«.

»Da lacht der israelische Staat nur«, sagt Scheich Sayah. 105 Mal sei sein Dorf Al-Arakib zerstört worden – und nun endgültig. Wo die Beduinen zuvor ihre Tiere weideten, ist jetzt der Ambassadors Forest ausgewiesen, ein Wald, in dem Botschafter aus aller Welt im Namen ihrer Nationen Akazien und Dattelpalmen pflanzen, zum Zeichen der Freundschaft mit Israel.

Tagelang wimmelt uns der Jüdische Nationalfonds in Israel ab, ruft nicht zurück, hält Termine nicht ein, sagt ein endlich versprochenes Interview im letzten Moment wieder ab. Wir versuchen es ohne Anmeldung direkt beim zuständigen Waldressort in Be'er Scheva, dem Verwaltungszentrum des Negev.

Die Büroleiterin, eine Frau mit langem braunem Haar und rotem Halstuch, serviert uns lächelnd Kaffee und hört sich unsere Fragen an: Pflanzte der Jüdische Nationalfonds Wälder auf Land, das Beduinen gehört? Was sagt sie zu den Fotos, die uns vorliegen und die Bulldozer des Jüdischen Nationalfonds zeigen, wie sie Häuser und Zelte niederreißen?

Und der Wald der deutschen Länder? Der Eigentumsanspruch von Awad Abu-Freih? Kann es sein, dass »ein großartiges Projekt der Völkerverständigung zwischen den Menschen in Deutschland und in Israel«, wie es auf der Website des Jüdischen Nationalfonds heißt, auf Land liegt, von dem die Familie Abu-Freih gewaltsam vertrieben wurde? ▶



Da die Siedlungen der Beduinen und der deutsche Wald in keiner offiziellen Karte verzeichnet sind, können die tatsächlichen Positionen von den in unserer Darstellung gezeigten geringfügig abweichen.

Ihr Lächeln schwindet, sie greift zum Telefon. Nachdem sie aufgelegt hat, sagt sie: »Tut mir leid, darüber darf ich nicht mit Ihnen sprechen.« Unsere Audienz ist beendet.

Als sein Vater auf dem Sterbebett lag, gab ihm Awad Abu-Freih das Versprechen, sein Land niemals aufzugeben, sondern es für die Familie zurückzugewinnen und es zu bewirtschaften. Aus diesem Auftrag schöpft Abu-Freih seine Kraft, gegen den Staat anzutreten. Seit Jahren beschäftigt Abu-Freih mehrere Anwälte. Er schreibt Petitionen, Blogs und Artikel, organisiert Proteste und Demonstrationen, hält Vorträge über die Enteignung und Zwangsumsiedlung der Beduinen. Er kämpft für einen Präzedenzfall, sagt er, den israelische Gerichte nicht mehr ignorieren könnten. »Für einen Dammbbruch für die Rechte meines Volkes in Israel.«

Die Welt, in der über die Zukunft dieses Volkes entschieden wird, ist weit entfernt von der staubigen Realität des Negev. Am Ende eines langen Flurs mit Topfpflanzen und Neonlicht, in einem klimatisierten Büro in Be'er Scheva, erwartet uns der Chef der staatlichen Beduinen-Behörde.

»Die Beduinen sind Diebe, sie haben das Land dem Staat gestohlen«, sagt Yair Maayan. »Alle von denen müssen in ihre Zonen.« Dicht über der Tischplatte führt er einen Handkantenschlag aus, um unmissverständlich klarzumachen, welches Schicksal nicht-anerkannten Beduindörfern blüht: »Abriss!«

Acht bis zehn neue Planstädte werde seine Regierung in den nächsten fünf Jahren bauen, erklärt uns Maayan. 25 000 Beduinenfamilien aus dem Negev sollen dorthin umgesie-

delt werden. Jeder Familie werde ein Dunam zugewiesen – umgerechnet 0,1 Hektar.

Im Negev leben die Beduinen traditionell von Kamelen, Schafen und Ziegen, sie pflanzen Getreide, Obst- und Olivenbäume und sammeln Wildkräuter. Auf den kleinen Parzellen in den Planstädten wird das kaum möglich sein. Trotzdem sollen sie umgesiedelt werden. Ihre Kaufverträge? »Wertlos«, sagt Yair Maayan. Indigenes Landrecht? Vereinte Nationen? Er zwingt sich zu einem Lächeln. »Statt diese Diebe ins Gefängnis zu werfen, schenken wir ihnen ein Stück Land«, sagt der Chef der Beduinen-Behörde. »Das ist ein guter Deal.« Und wenn die Beduinen nicht in die Planstädte wollen? Wenn sie sich dem Abriss ihrer Häuser widersetzen? »Dann wird die Polizei sie zwingen.«

Einige israelische Intellektuelle wie Gadi Algazi, Professor am Institut für Geschichte der Universität Tel Aviv, glauben, dass der Staat mehr will als nur das Land Zehntausender arabischer Beduinen: »Der Staat will unsere Gesellschaft in eine militante Kolonialgesellschaft verwandeln.« Algazi, selbst jüdischer Herkunft, hat in Göttingen promoviert. In seinen Aufsätzen betont er die Rechte von Juden, die aus Europa ins heutige Israel flohen. Zugleich sieht er sein Land als »eine durch Siedlerkolonialismus geprägte Gesellschaft, in der die politische Führung und ihre Komplizen, besonders der Jüdische Nationalfonds, mit allen Mitteln danach streben, Schlüsselressourcen wie Land und Wasser zu kontrollieren, um die angehäuften Früchte der Enteignung an jüdische Bürger umzuverteilen« – während arabische Bürger

mehrheitlich unterhalb der Armutsgrenze leben würden. Avner Ben-Amos, ein bekannter Historiker und Buchautor, unterzeichnete kürzlich eine Petition, welche die Zerstörung des Dorfes Al-Arakib als »brutale Horrorshow« bezeichnet. Israel raube der arabischen Minderheit gewaltsam Land und schieße auf wehrlose Beduinen. Der israelische Schriftsteller Amos Oz, Träger des Israel-Preises für Literatur und des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, machte sich im Negev selbst ein Bild von der Situation der Beduinen und beschrieb diese als »tickende Zeitbombe«.

Eine der sieben bereits existierenden staatlichen Planstädte für Beduinen ist Lakiya, eine halbe Stunde nördlich von Be'er Scheva. Tausende Beduinen sind dorthin bereits umgesiedelt worden. »Die Regierung hat uns ein besseres Leben versprochen«, sagt uns Ahmed, ein dürrer Mann mit schwerem Hautausschlag, während er uns sein Viertel zeigt. »Lügen, nichts als Lügen.« Wir folgen Ahmed durch ein Labyrinth bröckelnder Häuser, die nicht ans staatliche Stromnetz angeschlossen sind. Sandige Wege statt asphaltierter Straßen. Abfallberge statt Müllabfuhr. In offenen Gräben dümpeln Fäkalien. Durchfallerkrankungen grassieren, vor allem unter Kindern. Nur ein paar Ziegen in Holzverschlägen sind vom Vieh übrig, für mehr reicht der Platz nicht.

In den Planstädten existieren Hunderte solcher überfüllter Viertel. Dabei gäbe es im Negev Platz genug. Die Wüste im Süden Israels macht sechzig Prozent der Landesoberfläche aus, doch mit 700 000 Bewohnern lebt hier kaum ein Zehntel der Gesamtbevölkerung.

Bewegungen wie Or Movement, ein privat geführter Partner des Jüdischen Nationalfonds, wollen das ändern. »Unser Ziel ist es, mehr als drei Millionen Menschen im Negev anzusiedeln«, erklärt uns Maya Cherry, eine junge Frau mit samtweciger Stimme im neuen Informationszentrum in Be'er Scheva. »In dieser Wüste zu leben ist einfach wundervoll.«

Multimediashows und Hochglanzfotos sollen Besucher davon überzeugen. Or Movement unterstützt sie dabei, »Pionier zu werden«. An einem Touchscreen legt Maya Cherry den Zeigefinger auf das Symbol eines Hauses am unteren Rand des Monitors, zieht es über die Wüste und lässt es irgendwo im Negev fallen. »Gebaut, ganz einfach«, sagt sie. »Geht auch mit Feld. Oder Wald.«

In einem Werbevideo für ein neues Leben im Negev tolen blonde Kinder auf Spielplätzen herum. Studenten, die aus Europa oder den USA kommen könnten, spazieren lachend über einen Campus. Es folgen Szenen mit jungen Paaren und Männern in Anzügen. Alle Menschen im Video sind hellhäutig. Wo sind die Beduinen? Maya Cherry lächelt uns glücklich an und sagt: »Wir dienen dem jüdischen Volk.«

Bisher zieht die Wüste allerdings nicht die gewünschten Siedlermassen an. Im Ballungszentrum von Tel Aviv, mit dem Zug nur eine gute Stunde entfernt, gilt die Region als hinterwäldlerisch und lebensfeindlich. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung im Negev ist nach wie vor arabischer Herkunft. Auch weil die Beduinen zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volksgruppen gehören. Familien mit mehr als zehn Kindern sind keine Seltenheit. ▶

Nach den Bulldozern: das ehemalige Beduindorf Bir Hadaj im Negev.



Das Beduindorf Umm al-Hieran muss weichen – hier wird eine moderne jüdische Siedlung errichtet.



Schon vor Jahren bezeichnete der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu die schnellere Zunahme des arabischen Bevölkerungsanteils als »demografisches Problem« für Israel. Kürzlich stellte Netanjahu erneut klar: »Wir sind ein Nationalstaat, und das bedeutet, dass die Souveränität im Land den Juden vorbehalten ist.« Der Negev hingegen drohe zu einer Region »ohne jüdische Mehrheit« zu werden, sagte Netanjahu. Und das sei »eine große Gefahr«. Nicht zuletzt solche Aussagen sind es, die immer mehr Experten glauben lassen, dass hinter den staatlichen Besiedlungsplänen für den Negev viel mehr steckt als die Entwicklung einer dünn besiedelten Wüstenregion.

»Der Staat kann nicht genug jüdische Siedler herlocken, will den Negev aber auf keinen Fall arabischen Beduinen überlassen«, erklärt Haia Noach, die Direktorin des Negev Coexistence Forum for Civil Equality, einer jüdisch-arabischen Organisation, die sich für die Gleichberechtigung aller Wüstenbewohner einsetzt. »Deshalb erfindet die Regierung immer neue Flächenfresser, die genau dort geplant und gebaut werden, wo Beduinen dafür ihr Land verlassen müssen.«

Haia Noach, im Negev aufgewachsen und selbst jüdischer Herkunft, empfängt uns in ihrem Büro in einem alten Luftschutzbunker in Be'er Scheva. Seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpft sie für die Rechte der Beduinen – und gegen Schikanen: »Armeestützpunkte, militärische Sperrgebiete, Truppenübungsplätze, überdimensionierte Highways«, zählt Haia Noach auf. »Und natürlich die Wälder des Jüdischen Nationalfonds.«

Die Wüste zu begrünen ist in diesem Fall selbst ökologisch fragwürdig. In einer Studie von 2014 kommen Wissenschaftler der Society for the Protection of Nature in Israel zu dem Ergebnis, dass die Vielfalt der Wüstenvegetation deutlich verringert worden sei, seit der Jüdische Nationalfonds dort großflächig fremde Arten wie die mediterrane Jerusalem-Pinie oder den Eukalyptusbaum gepflanzt habe. Säugetiere, Reptilien und Vögel seien verdrängt, Ökosysteme in Gegenden, die nie zuvor bewaldet waren, besonders schwer geschädigt worden. Die Aufforstung im nördlichen Negev und ihre ökologische Rechtfertigung, erklärten die Forscher, seien »problematisch und mit erheblichen Zweifeln behaftet«.

Dennoch erweitert der Jüdische Nationalfonds stetig seine Wälder, und immer wieder werden dafür Beduinendörfer abgerissen. »Die Aufforstung ist ein politisches Feigenblatt«, sagt Haia Noach. »In Wirklichkeit dienen die Wälder zur Vertreibung der indigenen Bevölkerung, zur Aneignung ihres Landes und zu seiner Absicherung gegen die Ansprüche arabischer Eigentümer, weil Wälder rechtlich praktisch unantastbar sind.«

Der israelische Historiker Ilan Pappé, dessen Eltern aus Deutschland stammen und in den Dreißigerjahren vor dem Nationalsozialismus flohen, nennt diese Art der Aufforstung »memoricide« – etwa »Erinnerungsmord«. Die Wälder verdeckten nicht nur frühere Landschaften, sagt Pappé. »Die wahre Mission des Jüdischen Nationalfonds ist es, sichtbare palästinensische Überreste zu verbergen«: unter Bäumen, die auf den Ruinen arabischer Dörfer und auf den Feldern und Weiden gepflanzt werden.

Am Rand des deutschen Waldes führt uns Awad Abu-Freih zu einem alten Brunnen. »Hier schöpfte meine Mutter jeden Tag Wasser.« Über die gefasste Öffnung ließ der Jüdische Nationalfonds ein rostiges Stahlgitter legen. Abu-Freih rupft wilden Anis von einem Strauch, zerreibt ihn zwischen den Fingern und schließt lange die Augen. Als er sie wieder öffnet, blickt er sich benommen um. Der Holocaust sei ein grausames Verbrechen gewesen, sagt er dann, er habe tiefes Mitgefühl mit den jüdischen Opfern und ihren Hinterbliebenen. Aber seine Familie treffe keine Schuld. »Unrecht kann niemals mit Unrecht gutgemacht werden«, sagt Awad Abu-Freih. »Verbrechen nicht mit Verbrechen.«

Wochen später kontaktiert uns der israelische Geograf Oren Yiftachel. Er hat die Originaldokumente der Abu-

Der israelische Historiker Ilan Pappé nennt die Aufforstung im Negev einen »Erinnerungsmord«

Freih's gesichtet und die Geländedaten mit den offiziellen Karten der Israel Land Authority verglichen, der staatlichen Bodenverwaltungsbehörde; er hat Gerichtsdokumente, Grundstücksnummern und Katastereinträge in der Landesvermessungsstelle geprüft und das betreffende Waldstück noch einmal persönlich begangen.

Das Ergebnis ist eindeutig. »Das beanspruchte Land gehört definitiv der Familie Abu-Freih«, sagt Oren Yiftachel. »Und es liegt im deutschen Wald, der mit deutschen Geldern finanziert ist und eine große Zahl deutscher Gedenktafeln aufweist.«

Mehr noch: Bei seinen Forschungen stieß Yiftachel auf einen weiteren offenen Landclaim von Beduinen im Wald der deutschen Länder, Aktenzeichen »Araqib 48« – 17 000 Quadratmeter, laut Kaufvertrag von 1947 rechtmäßig erworben durch die Beduinenfamilie Mubarak Salem Mubarak Al-Qreini, die der Staat später enteignete und vertrieb. Oren Yiftachel sagt: »Der Landclaim der Familie Al-Qreini ist ebenfalls klar belegt und überlappt eindeutig mit dem Wald der deutschen Länder.«

Ein deutscher Gedenkwald in Israel zum Zeichen der Freundschaft und Versöhnung beider Völker nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg – auf dem Land einer zwangsvertriebenen Minderheit: So ehrenwert die Motive der deutschen Stifter sind, sich hier an der Erinnerung an den Holocaust zu beteiligen – heikler geht es kaum.

Dass der Jüdische Nationalfonds trotz ungeklärter Eigentumsansprüche von Beduinen im Negev weiter Bäume pflanzt, ist dabei in Israel kein Geheimnis. Seit Jahren schreiben angesehenere Zeitungen wie *Ha'aretz* darüber. Auch in den Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen zirkulieren deutliche Hinweise auf die Zerstörung von Beduinendörfern, »mit dem Ziel, das Land für die Aufforstung zu

räumen«, wie es in einem Bericht der NGO Adalah an die UN vom 11. Februar 2013 heißt. Human Rights Watch warnt, dass Beduinendörfer von quasi-staatlichen Wäldern bedroht sind. Auch deutsche Medien streiften das Thema. Im April 2013 berichtete die *taz* über ein »umstrittenes Geschenk für Israel« und Landclaims von Beduinen in Teilen des Waldes der deutschen Länder.

Den Verantwortlichen in Deutschland kann all das nicht entgangen sein. Wie haben sie sichergestellt, dass der Gedenkwald für den Holocaust – mehr als eine halbe Million Bäume, gepflanzt über zweieinhalb Jahrzehnte – trotz weithin bekannter Verdachtsmomente nicht auf dem Land vertriebener Beduinen steht? »Seinerzeit gab es nach Kenntnis deutscher Diplomaten keine Stelle, die zentral vermittelt hat«, teilt uns das Auswärtige Amt mit. »Dies ist auch heute nicht der Fall.« Wir sollen uns an den Jüdischen Nationalfonds wenden. Am besten an seinen deutschen Hauptsitz in Düsseldorf. An jenen Akteur also, der im Zentrum der Kritik steht.

Dort lässt man uns wissen, der Vorwurf, der deutsche Wald stehe auf einem Gebiet, das Beduinen gehöre, sei »Teil einer diskreditierenden Kampagne gegen den Jüdischen Nationalfonds«. Das betreffende Land gehöre dem Staat Israel. Der Jüdische Nationalfonds handle auf Anweisung der israelischen Bodenverwaltungsbehörde. Dort hält der Jüdische Nationalfonds allerdings sechs von 14 Sitzen im Verwaltungsrat.

Es habe »keinen Hinweis auf rechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Wald der deutschen Länder« gegeben, bekundet das Büro von Edmund Stoiber in München, der 2001 als bayerischer Ministerpräsident im Negev einen Wald spendete. Die genaue Zahl der Bäume, die der Jüdische Nationalfonds mit Stoibers Geld gepflanzt habe, sei nicht bekannt.

Die gesamte Organisation obliege dem Jüdischen Nationalfonds, schreibt die Bayerische Staatskanzlei im Namen von Horst Seehofer. Er stiftete im Negev 2012 den »Hain vom Bayerischen Ministerpräsidenten« im Wert von 10 000 Euro aus Mitteln des Staatshaushaltes. 2013 beschloss auch die SPD, den Wald der deutschen Länder zu erweitern. Laut der SPD-Pressestelle hat der Jüdische Nationalfonds erklärt, der Parteiwald liege nicht auf strittigem Gebiet.

Der nächste Zuwachs des Waldes der deutschen Länder ist schon geplant. Zum Andenken an den verstorbenen CDU-Politiker Philipp Mißfelder hat die Junge Union auf ihrem Deutschlandtag in Hamburg am 16. Oktober 2015 einen »Philipp-Mißfelder-Wald« in der Negev-Wüste beschlossen. Finanziert durch Spenden, steuerlich abzugsfähig, Ausführend vor Ort: der Jüdische Nationalfonds.

Im Wald der deutschen Länder tritt Awad Abu-Freih auf eine Lichtung. Trockene Nadeln rieseln von den Kiefern. Er kenne die israelischen Gesetze, sagt der Beduine mit dem schwarzen Hut. Er werde weiter kämpfen und am Ende gewinnen. Sein Mobiltelefon klingelt. »Wir müssen sofort gehen«, sagt er nach einem kurzen Gespräch. Ein befreundeter Nachbar habe ihn gewarnt: Die Leute des Jüdischen Nationalfonds seien im Anmarsch, eskortiert von Polizisten. »Wenn sie mich hier erwischen, werfen sie mich ins Gefängnis.« Als Eindringling auf dem Land, das er sein Eigen nennt.

MICHAEL OBERT & MOISES SAMAN



warteten nächtelang mit den Beduinen von Umm al-Hieran auf die Abrisskommandos der Regierung. Nach der Abreise kamen die Bagger dann tatsächlich: Die Häuser, in denen der Autor und der Fotograf geschlafen haben, existieren nicht mehr.

Fotos: Moises Saman/Magnum Photos/Agentur Focus

VON DEN PRODUZENTEN VON
12 YEARS A SLAVE

CHARLIE HUNNAM
ROBERT PATTINSON
SIENNA MILLER
TOM HOLLAND



DIE
VERSUNKENE
STADT
Z

BASIEREND AUF EINER
WAHREN GESCHICHTE

AB 30. MÄRZ IM KINO

MCA DOLBY DIGITAL DOLBY DIGITAL 5.1 3D 2D 2D+3D © 2015 LUCASFILM LTD. ALLE RECHTE RESERVIERT. MCA FOX STUDIOCANAL